



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 218/15

23.11.2015

Scharf: Klimawandel verändert das Gesicht der Welt

Gespräch mit US-Generalkonsulin Gavito im Vorfeld der Weltklimakonferenz von Paris

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf in München nach einem Gespräch mit US-Generalkonsulin Jennifer D. Gavito. Scharf: "Durch die Erderwärmung kann sich das Gesicht der Welt auf Dauer verändern. Deshalb haben wir ein gemeinsames Ziel für die Weltklimakonferenz in Paris: ein verbindliches und ehrgeiziges Klimaabkommen für die kommenden Jahre. Nur so lässt sich der Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius beschränken. Die Signale der G7-Staaten im Sommer dieses Jahres auf Schloss Elmau stimmen zuversichtlich, dass dieses Ziel erreicht werden kann." Gavito unterstrich: "Präsident Obama und Außenminister Kerry haben Klimaschutz zu einer diplomatischen Priorität gemacht und sind in direktem Kontakt mit den weltweit größten Schadstoffverursachern. Die Vereinigten Staaten haben sich dazu verpflichtet, in Paris ein starkes Abkommen zu verabschieden. Deshalb streben wir eine Reduzierung von Treibhausgasen um 26 bis 28 Prozent im Vergleich zu den Werten von 2005 an." Derzeit laufen weitere Vorgespräche für den endgültigen Vertragstext von Paris. Als Vorsitzende der Umweltministerkonferenz wird Umweltministerin Scharf auch persönlich an der Weltklimakonferenz in Paris teilnehmen.

Mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingszahlen betonte Scharf: "Die Welt steht vor gewaltigen Herausforderungen. Durch den Klimawandel kann sich der Flüchtlingsstrom noch deutlich verstärken. Es ist klar: Klimapolitik ist Flüchtlingspolitik. Die internationale Staatengemeinschaft muss hier schnell und entschlossen handeln." Nach einer aktuellen Studie der Weltbank könnte der Klimawandel bis 2030 zusätzliche 100 Millionen Menschen in die Armut stürzen. Gerade die ärmsten Regionen der Welt sind betroffen - die südlich der Sahara gelegenen afrikanischen und die südasiatischen Staaten.